Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 117 — Sonnabend, den 21. Mai 1932 — 27. Jahrgang

Frankreichs „unantastbare Rechte"

Der „Pazifist" Herriot gegen die Verständigungspolitik — Für eine Politik im Sinne Poincarés

Andere Namen, sonst nichts

Paris, 19. Mai. Herriot, der Führer der Radikalen Partei, nimmt heute in der „Ere Nouvelle" zu einer Rede Paul-Boncours Stellung und unterschreibt dessen Standpunkt in der Abrüstungsfrage: Sicherheit, Schiedsgerichtsverfahren und Abrüstung seien ein Dreiklang, der in den Augen der französischen Republik seinen vollen Wert behalte. Wenn man, meint Herriot, den gegenwärtigen Zustand Deutschlands beobachte, so würden patriotische Pazifisten wie Paul-Boncour und er die Schwierigkeiten der Lage erkennen. Herriot unterstreicht auch den Standpunkt, den Paul-Boncour in seiner Rede zur Reparationsfrage eingenommen hat. Paul-Boncour habe zwei unanfechtbare Grundsätze aufgestellt: 1. Aufrechterhaltung des französischen Willens zur europäischen Solidarität; 2. des Willens, unantastbare Rechte Frankreichs nicht veräußern und auf keinen Fall eine Trennung zwischen Frankreichs Gläubigeransprüchen und seinen Schuldenverpflichtungen zulassen zu wollen.

*

Seit der französischen Kammerwahl darf Herriot Gehör beanspruchen, wenn er das Wort ergreift, denn daran kann kein Zweifel bestehen, daß er in wenigen Wochen Frankreichs Ministerpräsident und damit der maßgeblichste Mann der französischen Politik sein wird. Das, was er jetzt in der „Ere Nouvelle" unter Bezugnahme auf Paul-Boncour sagt, bestätigt nur seine gestrigen Ausführungen, die ebenfalls klar erkennen ließen, daß Herriot keine andere Politik als seine Vorgänger Tardieu, Laval und schließlich auch Poincaré treiben will. Ueberrascht davon sollte eigentlich niemand in Deutschland sein, Herriot hat auch früher schon, als er noch in der Opposition stand, oft genug gezeigt, daß er sich von den Rechtspolitikern in den wichtigsten außenpolitischen Fragen nicht unterscheidet — überrascht sind höchstens die deutschen Linkszeitungen, die über den Wahlsieg der französischen Radikalen so laut jubelten. Aber auch in England und Amerika hat man merkwürdige Hoffnungen auf den „Pazifisten" Herriot gesetzt, man wußte dort anscheinend nicht, daß er ein „patriotischer" Pazifist ist — und nun wechselt der einige Tage zur Schau getragene Optimismus wieder mit schwarzem Pessimismus:

London, 19. Mai. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" meldet, daß die von Herriot abgegebenen Erklärungen über Reparationen und Sicherheit in diplomatischen Kreisen Londons einen niederschlagenden Eindruck gemacht hätten. Wenn diese Aeußerungen wirklich die Ansichten der neuen französischen Regierung darstellten, so würde die Lausanner Konferenz höchstens eine Verlängerung des Moratoriums um einige Monate bringen. Die Folge werde sein, daß im Verlauf von weiteren zwei Monaten Deutschland zwangsläufig ein „Transfermoratorium" für seine wirtschaftlichen Schuldenverpflichtungen erklären müsse. Das sei die größte Gefahr, die heute Europa bedrohe. Da seit Beginn des Hoovermoratoriums nichts zur Verbesserung der Lage geschehen sei, so nähere sich jetzt schnell die zweite große Krise, so daß die Sachverständigen die größten Befürchtungen für den Monat Juli hätten. Wenn es wahr sei, daß Herriot keiner Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen ohne eine entsprechende Herabsetzung der Kriegsschulden zustimmen wolle, so sei das eine viel schärfere Haltung, als sie Tardieu und Flandin eingenommen hätten. Dadurch, daß Herriot ein vorheriges Zugeständnis von Amerika verlange, stelle er eine unmögliche Bedingung. Das wisse er auch ganz genau. Unter diesen Umständen müsse Lausanne zu einem Fehlschlag werden. Herriots Politik wolle den Zusammenbruch Deutschlands.

Besprechung Herriots mit Lebrun

Paris, 19. Mai. Eine Unterredung, die der Präsident der Republik gestern mit Herriot hatte, galt dem „Echo de Paris" zufolge mehr den außenpolitischen als den innenpolitischen Fragen, in erster Linie der Abrüstungskonferenz und dem Reparationsproblem. Was die innenpolitische Frage der Bildung des neuen Kabinetts anlange, so beurteile Herriot die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialisten skeptisch, habe aber gestern dem Präsidenten der Republik noch keine bindende Antwort geben können. In der kommenden Woche werde Lebrun mit Herriot eine neue, vielleicht entscheidende Besprechung haben.

Sabotage der Abrüstung

Genf, 19. Mai. Die französische Abordnung hat gegen den bereits angenommenen Grundsatz der qualitativen Abrüstung im Landausschuß der Abrüstungstagung in Genf am Donnerstag einen erneuten sehr heftigen Vorstoß unternommen. Frankreichs Vertreter Aubert erklärte:

1. Die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen sei vollkommen unmöglich, da sie materiell nicht durchzuführen sei und außerdem auch die Bestimmung eines etwaigen Angreifers notwendig mache.

2. Verbote der Angriffswaffen seien praktisch undurchführbar, weil sich ein Angreifer an ein derartiges Verbot nicht halte, während der Verteidiger sie befolgen würde. (Ein Standpunkt, der der Verneinung jeglicher internationaler Verträge gleichkommt! Denn wenn man von vornherein mit dem Bruch internationaler Abkommen rechnet, nimmt man ihnen jede Existenzberechtigung. Das wurde dem französischen Vertreter auch von verschiedenen Seiten entgegnet.)

3. Verbote der Angriffswaffen seien abzulehnen, weil eine Reihe von Staaten derartige Waffen nicht besitze, so daß die dadurch herbeigeführte Abrüstung lediglich einseitigen Charakter trage und das ganze augenblickliche Sicherheitsgebäude zerstören werde.

In dieser dritten Bemerkung Auberts steckt die erneute Forderung der Aufrechterhaltung der Rüstungsungleichheit. Daß die bisher durchgeführte Abrüstung, nämlich nur Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten, einseitig ist und gerade deshalb die schwer gerüsteten anderen Staaten abzurüsten verpflichtet sind, interessiert Frankreich nicht. Heuchlerisch klagt es darüber, daß die Abschaffung der Angriffswaffen „einseitig" sei, weil Deutschland (da es solche Waffen schon längst nicht mehr hat!) dabei nicht mittun kann! Der Ausschuß nahm die Erklärung des französischen Vertreters mit großer Spannung entgegen und vertagte sich dann auf Freitag vormittag, wo man eine erneute eingehende Aussprache über den Grundsatz der qualitativen Abrüstung erwartet.

In der Schwebe

Die Beratungen der Reichsregierung

Berlin, 19. Mai. Zu dem gestrigen Empfang der Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler Dr. Brüning erfährt das B.T. einige Einzelheiten. Danach stand von vornherein fest, daß der Reichskanzler den Gewerkschaften keinerlei grundsätzliche Reformpläne für den Umbau der verschiedenen Zweige der Erwerbslosenfürsorge bekanntgeben würde. Das Kabinett hat sich vielmehr dahin entschieden, lediglich gewisse Vereinfachungen in der Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen. Die Arbeitslosenversicherung als solche soll grundsätzlich aufrechterhalten bleiben; darüber bestand im Kabinett und auch mit dem Reichskommissar Dr. Goerdeler volle Einmütigkeit.

Die Kombination darüber, daß Dr. Goerdeler aus der angeblichen Ablehnung seiner weitergehenden Reformpläne Konsequenzen ziehen könnte, wird demgemäß als verfehlt bezeichnet. Die Ernennung Goerdelers zum Wirtschaftsminister wird aber doch wahrscheinlich noch einige Zeit in der Schwebe bleiben. Die Gegnerschaft, die neuerdings aus industriellen Kreisen gegen die Kandidatur Goerdelers laut wird, beruht nach den Mitteilungen des genannten Blattes darauf, daß Dr. Goerdeler die Ansicht vertritt, eine Auflockerung der Tarifverträge müsse zwangsläufig ein Gegenstück in der Auflockerung der Kartelle finden.

Weiter wird erklärt, die Anpassung der Erwerbslosenfürsorge an die finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten bedinge vor allem eine „Ergänzung der finanziellen Vorsorge", da neue Steuern, insbesondere zu Lasten der Erzeugung, auf allgemeine Ablehnung stoßen. Dabei ist vor allem an die Verlängerung und systematische Einfügung der Bürgersteuer und der Krisensteuer in das übrige Steuersystem gedacht, andererseits an eine Vereinfachung der Unterstützungsarten, vor allem durch die Anpassung der Unterstützungssätze in der Versicherung und der Krisenfürsorge an diejenigen der Wohlfahrtsunterstützung. Die eigentliche Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge gilt damit als vertagt, und die Gewerkschaften sollen mit dieser Lösung einverstanden sein.

Der Deutsche Beamtenbund an den Reichskanzler

Gegen eine weitere Belastung der Beamtenschaft

Der Deutsche Beamtenbund hat am Mittwoch an den Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Telegramm gerichtet:

„Trotz den wiederholt und in klarster Form abgegebenen Zusicherungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsfinanzministers, daß keine weitere Gehaltssenkung beabsichtigt sei, erörtert, wie verlautet, das Reichskabinett wieder Vorschläge, die eine neue wirtschaftliche Belastung der Beamten bezwecken. Gegen jede weitere Belastung der Beamten müssen wir mit größtem Nachdruck Einspruch erheben. Eine solche Maßnahme würde schwerste Erschütterungen und Zusammenbrüche zur Folge haben. Wir weisen den Herrn Reichskanzler und die Reichsregierung auf die schweren Folgen hin, die neue Belastungen in dieser Hinsicht bringen würden. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß der allgemeinen Notlage durch immer neue wirtschaftliche Belastungen auf der Grundlage eines schematischen Abstrichs nicht gesteuert werden kann. Eine weitere Belastung dieser Art würde die schon jetzt überaus geschwächte wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft noch weiter verschlechtern, ohne daß dadurch eine Besserung der Gesamtlage eintreten würde. Wir warnen daher dringend, den verhängnisvollen Weg einer nochmaligen wirtschaftlichen Belastung der Beamtenschaft zu beschreiten. Der Herr Reichsfinanzminister hat am 6. März erklärt, daß es vollendeter Wahnsinn wäre, wenn man das bequeme Mittel weiterer Lohn- und Gehaltskürzungen anwenden würde. Der Punkt, so hat der Herr Reichsfinanzminister weiter ausgeführt, über den nicht hinausgegangen werden könne, sei erreicht: jede Aktion dieser Art sei unmöglich. Wir sind der Auffassung, daß diese Feststellungen für jede Art neuer wirtschaftlicher Belastung gelten müssen. Deshalb fordern wir, daß auf alle Fälle von einer solchen Belastung der Beamten abgesehen wird."

Deutschnationale und Reichstagseinberufung

Berlin, 19. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei dem Reichstagspräsidium erneut die Einberufung des Reichstages zum 24. Mai beantragt unter gleichzeitiger Mitteilung ihres Schrittes an die übrigen Oppositionsparteien.

Die Ziele der Nationalsozialisten in Preußen

Berlin, 19. Mai. Der Führer der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Kube, äußert sich über die dringendsten Aufgaben, die der preußische Landtag zu lösen haben wird, im „Nationalsozialistischen Preußischen Pressedienst" folgendermaßen: Der neue Landtag hat außerordentlich bedeutsame Aufgaben zu lösen. Im Vordergrunde steht nicht — wie man es von gewisser Seite wahr haben will — die Regelung der preußischen Finanzen, sondern die Regelung der deutschen Rechtspflege und die Säuberung der Verwaltung und Polizei sowie der Schule von ungeeigneten Elementen. Im Zusammenhang mit dieser Aeußerung schreibt der „Angriff": Die Möglichkeiten der Regierungsbildung sind, zumal die Richtlinien, die Adolf Hitler der nationalsozialistischen Fraktion erteilt hat, noch nicht bekannt gegeben sind, noch völlig offen. Der bisherige preußische Landtag hat bekanntlich die Bestimmung der Geschäftsordnung über die Wahl des Ministerpräsidenten geändert, so daß ein Ministerpräsident nur von einer absoluten Mehrheit gewählt werden kann. Im neuen preußischen Landtag sind nun die Mehrheitsverhältnisse ganz anders geworden. Schon jetzt steht fest, daß eine